



Inhalt

1. Grundlagen der Ausschreibung	3
1.1 Gegenstand der Ausschreibung	4
1.2 Leistungsbeschreibung	4
2. Hinweise zur Ausschreibung	4
2.1 Allgemeines	4
2.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung (illegale Absprachen)	5
2.3 Nachunternehmer und Bietergemeinschaften	5
2.4 Nebenangebote	6
2.5 Hinweise zu den Erklärungen und Nachweisen	6
2.6 Verfahrenssprache	6
2.7 Aufwandsentschädigung	6
2.8 Wirtschaftsauskünfte	7
3. Verfahrensdurchführung	7
3.1 Vergabeart	7
3.2 Abgabe des Angebots	7
3.3 Bieterfragen	8
3.4 Allgemeine Hinweise zur Einreichung von Unterlagen	9
3.4.1 Verwendung der Dokumente	9
3.4.2 Elektronische Angebotsabgabe	10
3.4.3 Textform gemäß § 126 b BGB	10
3.4.4 Sprache	10
3.4.5 Anzeige von Bedenken zur Ausführung	10
3.4.6 Verarbeitung personenbezogener Daten	11
3.5 Änderung, Berichtigung, Rücknahme von Angeboten	11



3.6 Eignung	11
3.7 Angebotswertung	12
3.7.1 Preiswertung.....	13
3.8 Wettbewerbsregister	13
3.9 Vorläufiger Zeitplan.....	14
3.10 Nachprüfung von Vergabeverfahren	14
3.11 Bieteranerkennntnis	15
3.12 Bietererklärung.....	15
 4. Zusätzliche Vertragsbedingungen	 16
4.1 Vergütung / Preisbildung / Zahlung	16
4.2 Vertragslaufzeit	17
4.3 Vertragsrücktritt	18
4.4 Erfüllungsort / Verpflichtungen des Auftragnehmers.....	18
4.5 Landestariftreuegesetz (LTTG)	18
4.7 Versicherungsschutz	20
4.8 Anforderungen an die eingesetzten Fahrzeuge.....	20
4.9 Vertragsbestandteile	21
4.10 Gerichtsstand	21



Hinweis:

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterswellenvergabeordnung - UVgO)

1. Grundlagen der Ausschreibung

Die wichtigsten Hinweise vorab:

Formale Fehler, wie z. B. Ergänzungen oder unterlassene Angaben in den Vergabeunterlagen sowie die Abgabe nicht eindeutiger Angebote, können auf Grund der Formstrenge des Vergaberechts zur Nichtberücksichtigung (Ausschluss) des Angebots führen (§ 42 UVgO)!

Beachten Sie deshalb bitte folgende Hinweise:

- Die auf dem Angebotsblatt geforderten Angaben zum Fahrplan müssen Vollständig abgegeben werden, d. h. neben den laut Leistungsbeschreibung anzufahrenden Orten ist auch die Angabe der Abfahrt- bzw. Ankunftszeiten zwingend erforderlich, sodass für den Auftraggeber ersichtlich ist, ob die maximale Fahrzeit eingehalten wird.
- Ebenso sind die Kilometer- und Preisangaben (insb. Preis pro km) unbedingt vollständig vorzunehmen, damit das Zustandekommen des Gesamtpreises für den Auftraggeber rechnerisch nachvollziehbar und damit eindeutig ist. Die Preise sind mathematisch auf zwei Nachkommastellen zu runden.

Aus dem gleichen Grund sind bei der Abgabe von Gesamtangeboten (falls zugelassen) für mehrere Lose Angaben über das Zustandekommen des Gesamtpreises zu machen.

- Änderungen des Bieters an seinen Angaben in den Ausschreibungsunterlagen müssen eindeutig und zweifelsfrei erkennbar sein.



1.1 Gegenstand der Ausschreibung

Die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises in Montabaur – nachstehend Auftraggeber genannt - beabsichtigt, die Schülerfahrten/Kindergartenfahrten gemäß der beigefügten Leistungsbeschreibung neu zu vergeben. Die Leistung ist in der Leistungsbeschreibung näher beschrieben.

1.2 Leistungsbeschreibung

Die Dienstleistungen sind für einen Zeitraum von 1 Jahr (Verlängerung möglich) zu erbringen.

Die Leistung ist in Lose aufgeteilt: ☒ ja (Anzahl = 3) ☐ nein

Die Einzelheiten des Auftrages ergeben sich aus der gesondert beigefügten Leistungsbeschreibung.

2. Hinweise zur Ausschreibung

2.1 Allgemeines

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass der Bietende die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen nach Erhalt zu prüfen hat. Werden vom Bietenden inhaltliche Unstimmigkeiten oder Unklarheiten, die die Preisermittlung beeinflussen, festgestellt, so hat er sich unverzüglich an den Auftraggeber zu wenden.

Ansprechpartner im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung ist:

Fachlich: Herr Matthias Beck
Tel.: 02602/124-263
Fax: 02602/124-666
Email: matthias.beck@gmx.net

Zentrale Vergabestelle: Herr Oliver Schreiner
Tel.: 02602/124-505
Fax: 02602/124-12 505
Email: Zentrale-Vergabestelle@westerwaldkreis.de



2.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung (illegale Absprachen)

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist (§ 4 Abs. 2 UVgO).

2.3 Nachunternehmer und Bietergemeinschaften

Die Bietenden können sich auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen beziehen und diese als Nachunternehmer im Rahmen der Leistungserbringung einsetzen. In diesem Fall haben die Bieter die Art und den Umfang dieser Leistungen in ihren Angeboten anzugeben.

Zudem wird der Bietende aufgefordert nachzuweisen, dass der Nachunternehmer geeignet ist. Dazu wird durch eine Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB für die benannten Unternehmen vor Zuschlagserteilung geprüft, ob bei den benannten Nachunternehmern Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen. Falls ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB bezüglich eines Nachunternehmens erfüllt ist und eine Selbstreinigung im Sinne des § 125 GWB nicht nachgewiesen wurde, wird der Auftraggeber den Austausch dieses Nachunternehmens verlangen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die grundsätzliche Zustimmung zum Einsatz von Nachunternehmern im Einzelfall zu entziehen und bestimmte Nachunternehmer von der Auftragserfüllung auszuschließen, sofern diese den Anforderungen dieser Aufgabenbeschreibung bzw. den Regelungen des Vertrages nicht entsprechen. Der Auftragnehmer hat auch in diesen Fällen (Ausschluss eines Nachunternehmers) eine uneingeschränkte Auftragserfüllung zu gewährleisten.

Der Auftragnehmer gewährleistet die vertrauliche Behandlung der im Rahmen der Nachunternehmerleistung bekanntwerdenden Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einschl. persönlicher Daten Dritter, soweit diese im Rahmen der Leistungserbringung tangiert werden.

Falls ein Nachunternehmer vorgesehen ist, ist auf dem **Angebotsblatt** mitzuteilen für welche Fahrten bzw. Lose ein Nachunternehmereinsatz beabsichtigt ist.

Der Auftraggeber kann sich vor Auftragsvergabe den Firmennamen und die Adresse des Nachunternehmers durch den Auftragnehmer nennen lassen.

Bietergemeinschaften sind zugelassen und werden wie Einzelbieter behandelt. Sofern Bietergemeinschaften nicht ausdrücklich in den Vergabeunterlagen benannt werden, sind unter dem Begriff Bieter oder Auftragnehmer auch Bietergemeinschaften zu verstehen.



Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung der Bietergemeinschaft in Textform abzugeben. In der Erklärung sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft anzugeben und ein Mitglied als bevollmächtigter Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft müssen sich für alle im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehenden Verbindlichkeiten zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten.

2.4 Nebenangebote

Nebenangebote sind zugelassen: ☐ ja ☒ nein

Wenn „ja“ angekreuzt: Nur bei gleichzeitiger Abgabe eines Hauptangebotes.

Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

Der Bietende hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

2.5 Hinweise zu den Erklärungen und Nachweisen

Für den Fall, dass einzelne Antwortfelder in den Vergabeunterlagen für die Angaben des Bieters nicht ausreichen, sind weitere Angaben vom Bietenden auf Anlagen, die entsprechend zu kennzeichnen sind, zu machen und mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist bzw. mit den Angebotsunterlagen bis zum Ende der Angebotsfrist einzureichen.

Nach § 41 UVgO können Erklärungen und Nachweise, die nicht bis zum Ende der Angebotsfrist vorgelegt wurden, nachgefordert werden. Dies liegt jedoch im Ermessen des Auftraggebers. Angebote, die die geforderten Angaben bzw. Unterlagen nicht enthalten, werden (ggf. nach erfolgloser Nachforderung) ausgeschlossen.

2.6 Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch.

2.7 Aufwandsentschädigung

Es wird keine Aufwandsentschädigung für die Erstellung und Abgabe von Angeboten gezahlt.



2.8 Wirtschaftsauskünfte

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf weitere Auskünfte über einzelne Bieter bei einer Auskunftsdatei (z. B. Wettbewerbsregister) einzuholen.

3. Verfahrensdurchführung

Im Folgenden wird der Ablauf insbesondere in Bezug auf die Nutzung des Vergabeportals und den einzureichenden Unterlagen erläutert.

3.1 Vergabeart

Die Beschaffung erfolgt nach § 8 UVgO im Rahmen einer **Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 9 UVgO**.

3.2 Abgabe des Angebots

Angebote nebst Anhängen und Anlagen sind bis spätestens

30.06.2026, 09:00 Uhr

über das eVergabeportal rlp.vergabekommunal.de

einzureichen. Hierzu ist es erforderlich, dass der Bietende sein Angebot über das eVergabeportal hochlädt und nicht als Anhang einer Nachricht übermittelt.

Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit des Eingangs des Angebots ist der Eingang auf der von der Vergabestelle verwendeten Plattform. Nicht form- oder fristgerecht eingereichte Angebote werden ausgeschlossen.

Angebote, die aus Gründen, die der Bietende zu vertreten hat, verspätet eingehen, werden ausgeschlossen. Angebote, deren verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht ist, die vom Bieter nicht zu vertreten sind, gelangen in die Wertung.

Die Bindefrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist. Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bietende an sein Angebot gebunden. Der Ablauf der Frist für die Geltung der Angebote (Bindefrist) steht einer Zuschlagserteilung nicht entgegen. Der Bieter hat in diesem Fall den Auftrag gegenüber der Vergabestelle unverzüglich zu bestätigen bzw. abzulehnen. Erfordert



die verzögerte Zuschlagserteilung eine Verschiebung der Ausführungsfristen, hat der Bieter die Vergabestelle hierauf vor der Auftragsbestätigung hinzuweisen. Unterbleibt der Hinweis, gelten die Ausführungsfristen der Vergabeunterlagen als vereinbart.

Erfolgt bis zum Ablauf der Bindefrist kein Zuschlag, so ist das Angebot nicht berücksichtigt worden. Dies teilt die ausschreibende Stelle den Bietenden nach Zuschlagserteilung auf dessen schriftlichen Antrag mit.

Eine Aufhebung der Ausschreibung (ganz oder teilweise) wird den Bietenden schriftlich mitgeteilt.

Ob Gesamt- oder Alternativangebote zugelassen sind, entnehmen Sie bitte der Leistungsbeschreibung. Sofern Gesamtangebote zugelassen sind, sind bei der Abgabe des Angebotes die auf die jeweiligen Einzellosen entfallenden Beträge gesondert auszuweisen; bzw. können vom Auftraggeber zu Zwecken der Angebotsauswertung nachgefordert werden. Die Einzelbeträge müssen in der Summe dem Gesamtangebot entsprechen.

Gesamt- oder Alternativangebote sind auf einem gesonderten Anschreiben einzureichen.

3.3 Bieterfragen

Alle Fragen, die mit der vorliegenden Ausschreibung im Zusammenhang stehen, sind in elektronischer Form an die Zentrale Vergabestelle des Westerwaldkreises zu richten.

Bieterfragen können bis zum sechsten Kalendertag vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden.

Bieterfragen sind **ausschließlich** über das **Nachrichtenmodul des Ausschreibungsprojektraumes** auf „**rlp.vergabekommunal**“ zu stellen. Wettbewerbsrelevante Fragen der Bieter und die Auskünfte des Auftraggebers dazu werden allen Bietenden neutralisiert und in anonymisierter Form schriftlich im Nachrichtenmodul zur Verfügung gestellt, auch wenn sie auf die Anfrage nur eines Unternehmens zurückgehen. Die Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen sind bei der Erstellung der Angebote zu beachten und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Nur über die Vergabeplattform erteilte Antworten sind verbindlich.

Für technische Fragen zur Bedienung des Vergabeportals von „rlp.vergabekommunal“ steht der Hersteller wie folgt zur Verfügung:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>



Service-Telefonnummer: 0900-1-267463

(1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag

jeweils von 07.00 bis 17.00 Uhr

E-Mail: info@cosinex.de

Inhaltliche Fragen zum Vergabeverfahren können über diesen Support nicht beantwortet werden und sind ausschließlich über das Nachrichtenmodul innerhalb des Vergabeportals an den Auftraggeber zu richten.

3.4 Allgemeine Hinweise zur Einreichung von Unterlagen

Die Bietenden füllen die zur Verfügung gestellten Formulare entsprechend den Vorgaben aus und reichen diese elektronisch ein. Hierzu ist es erforderlich, dass die Bietenden ihr Angebot wenn möglich als **pdf-Dokument** über das Vergabeportal hochladen. Die Dokumente dürfen nicht als Anhang einer Nachricht übermittelt werden, auch die Versendung in Papierform ist unzulässig.

3.4.1 Verwendung der Dokumente

Die vom Auftraggeber im Rahmen dieses Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Dokumente sind zu verwenden und dürfen nur zur Erstellung eines Angebots für dieses Vergabeverfahren verwendet werden. Sollten im Laufe des Vergabeverfahrens die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden (beispielsweise aufgrund von Bieterfragen), hat der Bietende sicherzustellen, dass er sein Angebot unter Verwendung der aktuellsten Version der Dokumente erstellt und einreicht. Die Verwendung veralteter Dokumente bzw. von Vorversionen kann zum Ausschluss des Angebots führen.

Als Angebot ist der Angebotsbogen mit ausgefüllten Anlagen sowie gegebenenfalls Erklärungen zur Bietergemeinschaft (falls zutreffend) und ggfls. weitere erforderliche Eigenerklärungen und Nachweise, vollständig ausgefüllt und unterschrieben über die Plattform der Vergabestelle einzureichen. Formlose oder nicht rechtskräftig unterschriebene Angebote werden ausgeschlossen.

Formale Fehler, wie z.B. Änderungen, Streichungen, Ergänzungen oder unterlassene Fabrikats- bzw. Preisangaben in den Vergabeunterlagen sowie die Abgabe nicht eindeutiger Angebote, führen auf Grund der Formstrenge des Vergaberechts regelmäßig zur Nichtberücksichtigung (Ausschluss) des Angebots!



3.4.2 Elektronische Angebotsabgabe

Das Angebot ist fristgerecht über die angegebene Vergabepattform elektronisch einzureichen. Eine andere Form der Einreichung von Angeboten als die elektronische Abgabe über die Vergabepattform ist nicht zulässig.

Die Teilnahme an der Vergabepattform ist kostenlos. Für eine Verfahrensteilnahme ist jedoch eine kostenlose Registrierung erforderlich. Für die Angebotserstellung werden die einschlägigen Datenverarbeitungswerkzeuge, Computer, Internetverbindung, aktueller Internetbrowser, Drucker & Scanner benötigt. Zudem sind die auf der Vergabepattform eingestellten Bedienungsanleitungen zu beachten.

3.4.3 Textform gemäß § 126 b BGB

Bei elektronischer Übermittlung in Textform sind der Bietenden und die natürliche (vertretungsberechtigte) Person, die die Erklärung für den Bietenden abgibt, zu benennen. Werden Dokumente mit Unterschrift versehen, genügt auch hier für die Unterschrift die Textform gemäß § 126b BGB, d.h. die Eintragung von Vornamen und Nachnamen der für den Bietenden handelnden natürlichen Person oder auch eingescannte Unterschriften sind ausreichend.

3.4.4 Sprache

Die Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

3.4.5 Anzeige von Bedenken zur Ausführung

Die Bietenden haben sich vor Angebotsabgabe über alle Einzelheiten der Ausschreibung und der vorgesehenen Arbeiten unter Berücksichtigung aller Verhältnisse, die zur Erfüllung des Vertrages maßgebend sind, in eigener Verantwortung Klarheit zu verschaffen.

Die Bietenden bestätigen mit der Angebotsabgabe, dass sie die Möglichkeit hatten, die Angaben in der Leistungsbeschreibung und im Vertrag vor Abgabe des Angebots zu bepreisen und zu bewerten.

Die Bietenden bestätigen mit Abgabe des Angebots ferner, dass die Leistungen vollständig beschrieben sind und keine Teilleistungen fehlen, die zur einwandfreien Erfüllung der Leistungen notwendig sind.

Bestehen nach Ansicht des Bietenden bei der Auslegung der Vergabeunterlagen mehrere Möglichkeiten bzw. erscheint etwas unklar, so wird der Bietende vor Abgabe des Angebots



eine Klärung herbeiführen. Nach Vertragsabschluss gilt die Art der Auslegung, welche vom Auftraggeber vorgesehen und dokumentiert ist.

Nach Zuschlag durch den Auftragnehmer angesetzte Mehraufwendungen oder Zuschläge aufgrund fehlender oder fehlerhafter Vergabeunterlagen werden seitens des Auftraggebers nicht anerkannt.

3.4.6 Verarbeitung personenbezogener Daten

Die von den Bewerbern bzw. Bietenden geforderten und angegebenen personenbezogenen Daten werden gemäß § 5 EU-Datenschutz-Grundverordnung im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Diese Daten werden zur ordnungsgemäßen Durchführung des Beschaffungsvorgangs und zur Vertragsabwicklung benötigt. Sofern personenbezogene Daten Dritter im Zuge des Vergabeverfahrens verwendet werden, so ist eine vorherige Einwilligung der betroffenen Person zu der Erhebung persönlicher Daten beizubringen und auf Verlangen nachzuweisen. Die in dem Angebotsbogen zusammengefassten Hinweise zum Datenschutz dienen zu Ihrer Information.

Die Datenschutzerklärung des Westerwaldkreises können Sie hier einsehen:

<https://www.westerwaldkreis.de/datenschutz.html>

3.5 Änderung, Berichtigung, Rücknahme von Angeboten

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist kann das Angebot berichtigt, geändert oder zurückgezogen werden. Berichtigungen, Änderungen des Angebotes und das Zurückziehen von Angeboten sind bei in der gleichen Weise wie das Angebot über die Vergabeplattform einzureichen.

Das Angebot muss vollständig sein. Das Angebot soll nur die geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen erhalten.

Änderungen an den Vergabeunterlagen (z.B. Leistungsbeschreibung, Vertrag) sind unzulässig und können zum Ausschluss des Angebotes führen. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein, andernfalls ist das Angebot auszuschließen. Ausdrücklich ausgeschlossen sind Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters.

3.6 Eignung

Im Rahmen des Vergabeverfahrens wird die Eignung der Bieter hinsichtlich Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit sowie technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit überprüft. Dazu sind die in den Vergabeunterlagen geforderten Nachweise auf Verlangen zu erbringen. Ebenso werden die in 122 GWB festgelegten Eignungskriterien und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 und 124 GWB anhand der vom Bietenden eingereichten Dokumente überprüft. Sämtliche Angaben der Bietenden werden von dem Auftraggeber vertraulich behandelt.



Sofern der Bewerber oder Bieter in einem amtlichen Verzeichnis (bspw. dem „*Amtlichen Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich*“ der Industrie- und Handelskammer) eingetragen ist oder über eine Zertifizierung verfügt, die jeweils den Anforderungen des Artikels 64 der Richtlinie 2014/24/EU entsprechen (Präqualifizierung), werden die im amtlichen Verzeichnis oder dem Zertifizierungssystem niedergelegten Unterlagen und Angaben vom öffentlichen Auftraggeber nur in begründeten Fällen in Zweifel gezogen (Eignungsvermutung). Der öffentliche Auftraggeber kann mit Blick auf die Entrichtung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen die gesonderte Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung verlangen.

Auf Verlangen geforderte Nachweise sind unverzüglich nach Aufforderung vollständig vorzulegen. Ansonsten kann das Angebot unberücksichtigt bleiben

Die Eignung einer Bietergemeinschaft muss insgesamt mit dem Angebot nachgewiesen werden, d. h. die Erklärungen, Angaben und Belege zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung, zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit müssen nicht zwingend von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft erbracht werden.

3.7 Angebotswertung

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot.

☒ Das wirtschaftlichste Angebot ist das preislich günstigste Angebot (welches noch in der Wertung verblieben ist), weil der Preis das einzige Zuschlagskriterium ist.

Sofern die Leistungsbeschreibung in Lose unterteilt ist, behält sich der Auftraggeber eine Vergabe nach einzelnen Losen vor.

Der Zuschlag wird an den Unternehmer erteilt, der das wirtschaftlichste Angebot abgibt. **Alleiniges Zuschlagskriterium ist der Preis.** Entscheidend ist bei vorliegender Ausschreibung der günstigste Gesamtfahrpreis inkl. MwSt. pro Tag (Tagespauschale). Bei Preisgleichheit des Gesamtfahrpreises (der Tagespauschale) erhält der Unternehmer den Zuschlag, der die größere Anzahl an Fahrgastsitzplätzen anbietet. Bei gleichem Fahrgastsitzplatzangebot ist der günstigere Fahrpreis inkl. MwSt. pro km (Kilometersatz) entscheidend. Danach entscheidet das Los.

Der Auftraggeber berichtet über das Ergebnis des Vergabeverfahrens. Spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines entsprechenden Antrags die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters, und die nicht berücksichtigten Bewerber über die wesentlichen Gründe ihrer Nichtberücksichtigung.



3.7.1 Preiswertung

Der Angebotspreis wird über das konkret unterzeichnete „Angebotsfeld“ ermittelt. Die Preisangaben sind in den entsprechenden gelb markierten Positionen in das „Angebotsfeld“ vom Bietenden einzutragen.

Erforderliche Preisangaben sind mathematisch auf zwei Nachkommastellen zu runden.

werden nur Preisnachlässe auf den Bruttogesamtpreis gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden,
und
- an die zweifelsfrei erkennbar und zuordenbar aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (Skonti,...) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

3.8 Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber ist verpflichtet, vor Entscheidungen über die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen ab einem Auftragswert von 30.000,00 € ohne Umsatzsteuer bei dem Bundeskartellamt abzufragen, inwieweit Eintragungen im Wettbewerbsregister zu den für einen Zuschlag vorgesehenen Bietern, deren Geschäftsführungen sowie potenziellen Auftragnehmern vorliegen, soweit im Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (WRegG) nichts anderes bestimmt ist.

Bei Bietergemeinschaften ist jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abzufragen.

Bietende müssen daher einwilligen, im potenziellen Auftragsfall für die Abfrage beim Register personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort) der verantwortlich handelnden Personen (Geschäftsführer, gesetzliche Vertreter) gegenüber dem Auftraggeber zu benennen. Ohne Angabe der entsprechenden Daten kann der Zuschlag nicht erteilt werden.

Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachfragen auch auf etwaige Nachunternehmer bzw. andere Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe zu erstrecken.

Soweit im potenziellen Auftragsfall Nachunternehmer an der Auftragserfüllung beteiligt sein sollen bzw. andere Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch genommen



werden, sind auch von diesen gleichlautenden Daten durch den Bietenden einzuholen und an den Auftraggeber weiterzuleiten. Ohne diese Daten werden Nachunternehmer bzw. andere Unternehmen vom Auftraggeber abgelehnt.

3.9 Vorläufiger Zeitplan

Frist für Bieterfragen: Bieterfragen können bis zum sechsten Kalendertag vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden.

Angebotsfrist: 30.06.2026, 09:00Uhr

Bindefrist des Angebotes: 28.07.2026

3.10 Nachprüfung von Vergabeverfahren

Bei dem für die Angelegenheiten des öffentlichen Auftragswesens zuständigen Ministerium wurde eine Vergabeprüfstelle eingerichtet. Aufgabe der Vergabeprüfstelle ist die Prüfung der Einhaltung der von den Auftraggebern anzuwendenden Vergabevorschriften.

Vergabeprüfstelle für Beanstandungsverfahren gemäß Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen, GVBl. S. 123 ist:

Vergabeprüfstelle Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Stiftsstraße 9
55116 Mainz

Die Verordnung findet Anwendung auf Aufträge, die die in § 2 der Verordnung genannten Auftragswertgrenzen erreichen. Auf die Rügeobliegenheit von Bietern und Bewerbern aus § 10 Abs. 3 der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen vom 26. Februar 2021 weisen wir vorsorglich hin:

Die Vergabeprüfstelle weist in ihrer Entscheidung das Nachprüfungsbegehren des beanstandenden Bieters oder Bewerbers zurück,

1. soweit der beanstandende Bieter oder Bewerber den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor der Information nach § 4 Abs. 1 erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von sieben Kalendertagen gerügt hat,
2. soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,



3. soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

Daneben unterliegen Vergabeverfahren der Rechts- und Fachaufsicht. Diese wird von folgender Behörde wahrgenommen:

Aufsichts- und Dienstleistungsdirection (ADD)
vertreten durch ADD-Präsidenten
Willy-Brandt-Platz 3
D-54290 Trier

3.11 Bieteranerkenntnis

Der Bietende erklärt mit Angebotsabgabe,

- dass er die zur Angebotsabgabe vorgelegten Vorbemerkungen mit der Leistungsbeschreibung gelesen und sich über alle den Preis beeinflussenden Umstände unterrichtet hat;
- dass ihm zur Ausführung der Arbeiten eine ausreichende Zahl Facharbeiter und Maschinen zur Verfügung steht,
- dass er den Inhalt dieses Dokumentes nur zum Zwecke der Angebotsabgabe bzw. im Auftragsfall zur Erfüllung der entsprechenden Leistungen verwendet;
- dass er durch seine Unterschrift diese Ausschreibung ohne Einschränkung als maßgeblichen Vertragsbestand rechtsverbindlich anerkennt;
- dass er sich verpflichtet, die Leistungen vertrags- und termingerecht zu erfüllen;
- dass er sich über alle Umstände informiert hat, die seine Kalkulation beeinflussen und er dies in dem angebotenen Festpreis berücksichtigt hat.

3.12 Bietererklärung

Der Bietende erklärt mit Angebotsabgabe,

- dass er seinen gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der vom Finanzamt bzw. Kommunen erhobenen Steuern sowie zur Zahlung der Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken-, Unfall, Renten- und Arbeitslosenversicherung) nachgekommen ist;
- dass es ihm bewusst ist, dass eine wissentlich falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann;
- dass er sich bewusst ist, dass wissentlich falsche Erklärungen zur Folge haben, dass die betreffenden Leistungen durch den Auftraggeber nicht abgenommen werden;
- dass er bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden ist;



- dass Preisabsprachen mit anderen Firmen nicht stattgefunden haben;
- dass er alle Teile des Angebots und der Vertragsbedingungen zur Kenntnis genommen hat und diese anerkennt;
- dass eigene AGB, die auf seinem Anschreiben und sonstigen dem Angebot beigelegten Unterlagen, insbesondere auch auf der Rückseite, abgedruckt sind, keine Anwendung finden.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiter, die Regelungen des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG), die des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), des Mindestlohngesetzes, des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, der ILO-Kernarbeitsnormen anzuerkennen.

Der öffentliche Auftraggeber hat das Recht Einsicht in die Entgeltabrechnungen, Werkverträge, sowie andere Geschäftsunterlagen zu nehmen. Das Einsichtsrecht ermöglicht dem Auftraggeber zu überprüfen, wie Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der für den Auftrag eingesetzten Beschäftigungsverhältnissen waren.

Die Beschäftigten sind von den Auftragnehmern über die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Die Auftragnehmer sind verpflichtet vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Arbeitnehmer bereitzuhalten.

Der öffentliche Auftraggeber vereinbart mit dem beauftragten Unternehmen, dass die mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung durch das beauftragte Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

4. Zusätzliche Vertragsbedingungen

Bestimmungen über die Ausführung der Leistung und vertraglichen Bestimmungen werden verbindlich durch Vertrag vereinbart.

4.1 Vergütung / Preisbildung / Zahlung

Sämtliche Preise sind **Festpreise einschl. der jeweils gültigen MwSt. inkl. aller Nebenkosten**. Das Beförderungsentgelt nach dem anschließend zu erstellenden Beförderungsvertrag wird unter Zugrundelegung der in der Leistungsbeschreibung angegebenen Beförderungstage im Jahr auf eine Monatspauschale nach folgender Formel festgesetzt:

$$\text{Tagesentgelt} \times \text{Beförderungstage} : 12 \text{ Monate} = \text{Monatspauschale}$$

Der Mehr-/Minderkilometersatz für während der Vertragslaufzeit eintretende Streckenänderungen beträgt 80 % des Kilometersatzes, den der Unternehmer bei Angebotsabgabe angegeben hat.



Frühestens nach einer Laufzeit von 2 Jahren kann ein Gespräch über eine Erhöhung der Beförderungsentgelte erfolgen. Der Auftragnehmer trägt das Risiko von Lohn- und Materialpreiserhöhungen und hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

Alle Rechnungen dürfen nur durch den Bieter eingereicht werden. Sämtliche Rechtsansprüche von Subunternehmen können nur beim Bieter geltend gemacht werden. Dieser ist verpflichtet, die Forderungen seiner Subunternehmen in gleichem Maße zu erfüllen, wie seine Gesamtforderungen erfüllt werden.

Hinweise zur E-Rechnung:

Rechnungen sind gemäß den Vorgaben der Landesverordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Landes Rheinland-Pfalz (E-Rechnungsverordnung Rheinland-Pfalz [ERechVORP]) vom 22.12.2023 (GVBl. 2024, 33) in der jeweils geltenden Fassung einzureichen. Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbaren, dass Rechnungen, die nicht nach den Vorgaben der ERechVORP gestellt werden, keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB begründen.

Das Land Rheinland-Pfalz bietet den kommunalen Behörden eine zentrale Rechnungsplattform (ZRE) <https://e-rechnung.service.rlp.de> an. Über diese Plattform können alle Unternehmen elektronische Rechnungen an die öffentliche Verwaltung senden. Mit Inkrafttreten der Verordnung muss die Rechnungsstellung darüber erfolgen.

Um eine E-Rechnung im Format XRechnung über den Zentralen E-Rechnungseingang RLP an uns zu übermitteln, müssen Sie sich dort zunächst selbst registrieren. Informationen dazu finden Sie unter <https://e-rechnung.service.rlp.de/informationen-fuer-rechnungssteller> und <https://e-rechnung.service.rlp.de/informationen-fuer-rechnungssteller/allgemeine-informationen-fuer-rechnungssteller>

Rechnungen per E-Mail müssen an folgende Mailadresse geschickt werden: ZRE-rlp@Poststelle.rlp.de.

4.2 Vertragslaufzeit

Die Laufzeit des abzuschließenden Beförderungsvertrages beträgt 1 Jahr. Er verlängert sich bis zu drei Mal um jeweils ein weiteres Jahr. Die Verlängerung erfolgt stillschweigend, wenn er nicht vom Auftraggeber drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.



4.3 Vertragsrücktritt

Der Auftraggeber hat das Recht, vom Vertrag zurückzutreten, wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrags dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt.

Andere den Vertragsrücktritt regelnde gesetzliche Bestimmungen bleiben unberührt.

4.4 Erfüllungsort / Verpflichtungen des Auftragnehmers

Die Leistung ist dem zu erteilenden Auftrag entsprechend zu erbringen.

Der Auftraggeber ist verpflichtet, nur zuverlässiges Personal zu beschäftigen und die gesetzlichen, sozialversicherungsrechtlichen und tarifrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

Die zu den einzelnen Fahrstrecken angegebenen persönlichen Daten sind ausschließlich für die Durchführung der Ausschreibung bestimmt. Diese Daten dürfen nicht weitergegeben oder anderweitig verwendet werden.

4.5 Landestariftreuegesetz (LTTG)

a) Tariftreueverpflichtung gemäß § 4 Abs. 3 LTTG (bei Angebotsinhalten mit **KOM**):

Vergaben im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße und Schiene (ausdrücklich auch der freigestellte Schülerverkehr mitinbegriffen) dürfen nach dem LTTG nur an Unternehmen erfolgen, die sich verpflichten, ihren Beschäftigten ein tarifliches Mindestentgelt zu zahlen. Dies gilt auch für Nachunternehmen.

Gemäß § 4 Abs. 3 S. 3 LTTG haben die Bietenden bei Angebotsabgabe auf Verlangen nachvollziehbar darzustellen, wie sie die Tariftreueverpflichtung nach § 4 Abs. 3 S. 1 LTTG erfüllen wollen. Die Bietenden haben auf Verlangen des Auftraggebers ein Konzept vorzulegen, wie sie die Tariftreuepflicht während der Betriebslaufzeit erfüllen möchten (Eigenerklärung). Hierzu ist die Personalkostenkalkulation zu erläutern. Dabei ist anzugeben, ob ein Tarifvertrag und ggf. welcher Tarifvertrag angewendet wird. Sofern nicht mindestens das in einem einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrag gem. § 4 Abs. 3 Satz 1 LTTG vorgesehene Entgelt gewährleistet ist, ist auch anzugeben, ob ein Differenzbetrag zum Erreichen der Tariftreuevorgabe gezahlt wird. Darzulegen sind auch die angesetzten Personalstunden der einer Tariftreueverpflichtung unterliegenden Personale, getrennt nach deren Tätigkeiten (insbesondere Fahrpersonale und andere Personale). Es ist zu erläutern, dass diese Personalstunden nach dem Betriebskonzept des Bieters ausreichen, um die



vertragsgegenständliche Leistung einschließlich Leerfahrten etc. erbringen zu können. Die Jahresarbeitszeit muss bei Einhaltung der Tarifverpflichtung durch die im Angebot enthaltenen Beträge finanziert werden können; eine etwaige Finanzierung aus anderen Quellen ist zu erläutern.

b) Tariftreueverpflichtung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG (Bei Angebotsinhalten mit **Kleinbussen**):

Leistungen, die vom Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei Angebotsabgabe in Textform verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, dass mindestens den jeweils geltenden Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, und Änderungen während der Ausführungslaufzeit gegenüber den Beschäftigten nachvollziehen.

Hiervon erfasst werden im Rahmen des freigestellten Schülerverkehrs Fahrten, die ausschließlich mit Kleinbussen durchgeführt werden und denen keine Tarifbindung zu Grunde liegt.

Der Mindestlohn kann beim Statistischen Bundesamt
https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Mindestloehne/_inhalt.html

eingesehen werden.

Der öffentliche Auftraggeber kann nach § 6 LTTG vom beauftragten Unternehmen jederzeit verlangen, die Einhaltung der Verpflichtungen zur Tariftreue bzw. der Zahlung des Mindestentgelts nachzuweisen. Zu diesem Zweck darf der Auftraggeber in die Geschäftsunterlagen und damit in die Kalkulationsunterlagen Einsicht nehmen. Das Einsichtsrecht besteht ab Beauftragung des Unternehmens, mithin ab Zuschlag des Auftrages.

Nach dem LTTG ist der öffentlichen Auftraggeber gehalten für den Fall eines Verstoßes gegen Tariftreueverpflichtungen etwaige Sanktionsmechanismen gegen das beauftragte Unternehmen auszusprechen:

Für jeden schuldhaften Verstoß wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes mit dem beauftragten Unternehmen vereinbart; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 10 v. H. des Auftragswertes nicht überschreiten. Das beauftragte Unternehmen ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, wenn der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste.

Im Falle grober Fahrlässigkeit oder mehrfachen Verstoßes ist der öffentliche Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Zudem hat der öffentliche Auftraggeber



das Recht, das betreffende Unternehmen oder Nachunternehmen für die Dauer von bis zu drei Jahren von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen.

4.7 Versicherungsschutz

Für ausreichenden Versicherungsschutz hat jeder Unternehmer selbst zu sorgen. Mit der Angebotsabgabe bestätigt der Bieter, dass die zum Einsatz kommenden Fahrzeuge im Falle der Auftragserteilung bei der **Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für den Einzelfall mit mindestens 100 Mio. €** versichert sind. Der entsprechende Nachweis kann vor Vertragsabschluss angefordert werden. Die Haftung des Unternehmens gegenüber dem Westerwaldkreis wird von einer unzureichenden Versicherung nicht berührt. Zu gegebener Zeit wird ein Vertrag mit dem Westerwaldkreis abgeschlossen.

4.8 Anforderungen an die eingesetzten Fahrzeuge

Die Fahrzeuge sind mit einem ausreichenden Platzangebot zur Verfügung zu stellen. Diese müssen außerdem dem „Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Schülerbeförderung besonders eingesetzt werden“ vom 14.07.2005 entsprechen.

Die Erfüllung der vorstehenden Anforderungen ist durch ein entsprechendes Gutachten des TÜV bzw. der DEKRA oder durch einen Vermerk einer dieser zugelassenen technischen Prüforganisationen im Prüfbuch nachzuweisen. Soweit uns dieser Nachweis im Rahmen der letzten Hauptuntersuchung bereits vorliegt, genügt ein entsprechender Hinweis.

Beim Einsatz von Kleinbussen (Pkw) wird darauf verwiesen, dass insb. Nr. 2.5 des Anforderungskataloges bezüglich der Anforderungen an die Ein- und Ausstiege von Kraftomnibussen für Kleinbusse entsprechend gelten.

Darüber hinaus wird besonders darauf hingewiesen, dass der Träger für die Schülerbeförderung berechtigt ist zu prüfen, ob in der Zulassungsbescheinigung Teil 1, der Vermerk der Zulassungsbehörde nach § 23 Abs. 6 StVZO über die Verwendung des Pkw zur Personenbeförderung nach § 1 Nr. 4 Buchstabe d, g und i der Freistellungs-VO eingetragen ist und dementsprechend kürzere Fristen für die Hauptuntersuchung zum Tragen kommen. Dies betrifft insbesondere die kürzeren **12 Monate-Prüfintervalle** für Kraftwagen nach § 1 Nummer 4 Buchstabe d, g und i der Freistellungs-Verordnung.

Weitere besondere Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.



4.9 Vertragsbestandteile

Bestandteile des Vertrages werden in nachstehender Reihenfolge:

1. Die Leistungsbeschreibung
2. Die allgemeinen Ausschreibungs-, Angebots- und Vertragsbedingungen
3. Die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen - Teil B (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung
4. Die Vorschriften des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen (Landestariftreuegesetz – LTTG -), des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), des Mindestlohngesetzes, des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, der ILO-Kernarbeitsnormen.
5. der Anforderungskatalog für Kraftomnibusse (KOM) und Kleinbusse (PKW) die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden in der derzeit gültigen Fassung
6. ggf. der Maßnahmenkatalog des Westerwaldkreises für die Kindergartenfahrten

In den Vertrag wird, soweit dies für die Auftragsausführung erforderlich ist, auch das Angebot des Auftragnehmers insgesamt oder in Teilen als vertragsgegenständliches Dokument einbezogen. § 1 der VOL/B wird hierdurch nicht berührt.

Eigene Vertragsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann Vertragsbestandteil, wenn diese vom Auftraggeber im Auftragsschreiben ausdrücklich bestätigt worden sind.

Ferner gelten: Die einschlägigen, gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen, Verordnungen, DIN- und VDE-Normen und die Unfallverhütungsvorschrift der zuständigen Berufsgenossenschaften.

4.10 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Montabaur.